

Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien

Koalitionsvertrag

2023-2025

für die Universitätsvertretung
an der Universität Wien

Abgeschlossen zwischen

VSStÖ (Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich),
KSV-LiLi (Kommunistischer Student_innenverband – Linke Liste) und
Bagrus (Unabhängige Basis- und Institutsgruppen an der Uni Wien).

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
Präambel.....	2
Projekte.....	8
Studierendenkonferenz für Working Class Students.....	8
Leistbare vegane Mensa und studentische Freiräume.....	8
Psychotherapie-Topf inklusive Kampagne.....	8
Sichtbarkeit der ÖH Uni Wien - Beratung und Stände.....	9
Re-Demokratisierung der Uni-Strukturen.....	9
Aufarbeitung der faschistischen Geschichte der Uni Wien.....	11
Kampagne gegen universitäre Transfeindlichkeit.....	11
Workshops für Studierendenvertreter*innen.....	12
Kostenzuschüsse für teure Pflichtlehrveranstaltungen.....	12
Stundenweise Kinderbetreuung.....	13
Kritische Einführungstage, Partizipationstag aka Linke Messe.....	13
Campus Althangrund.....	14
Feministische Woche: Hoch der feministische Kampftag!.....	14
Studienfahrten zu KZ-Gedenkstätten.....	15
100 Jahre Institut für Sozialforschung.....	15
Reparaturwerkstatt - Nachhaltigkeit fördern!.....	16
Förderung sexueller und reproduktiver Gesundheit.....	16

Präambel

Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien (kurz: ÖH Uni Wien) setzt sich für das Recht auf **Bildung für alle Menschen** ein. Die Situation an den Universitäten wird jedoch immer dramatischer. Es herrscht eine Politik der Studienplatzbewirtschaftung, des Leistungsdenkens, des Konkurrenzprinzips und der Verwertung von Bildung und Menschen. Studierendenfeindliche Gesetzesänderungen verschärfen die Situation weiter. Studienbeiträge, versteckte Gebühren und schwierige Prüfungen zeigen die Anpassung des Bildungssystems an neoliberale Mechanismen.

Zugangsbeschränkungen verschlimmern die Lage, da sie sozial selektiv und abschreckend sind. Sie erschweren den Zugang zur Universität für FLINTA* Personen (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen), Migrant*innen, Menschen mit Behinderungen und Arbeiter*innenkinder oder schließen sie endgültig aus. Es ist daher entscheidend, sich gegen bestehende und geplante Zugangsbeschränkungen zu positionieren, da diese keine nachhaltige Lösung für Ressourcenknappheit sind.

Aufgrund der zunehmenden Prekarisierung der Studienbedingungen, insbesondere durch Kürzungen von Sozialleistungen, wird der Raum für kritisches und reflektierendes Lernen eingeschränkt. Autoritäre Krisenpolitik und Fokussierung auf elitäre Strukturen fördern die Entwicklung der Universität zu einer ausschließenden Institution, in der Studierende immer weniger Rechte haben. All dies treibt die Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Universitäten voran.

Ein **freier und offener Zugang zur Hochschulbildung** kommt der gesamten Gesellschaft zugute. Dennoch fehlt der politische Wille, in Bildung zu investieren und allen Menschen die Teilhabe daran zu ermöglichen. Wir fordern das uneingeschränkte Recht auf Bildung, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialer Klasse und Behinderung. Wir fordern, dass der Staat sich dieser Aufgabe annimmt.

Die aktuellen gesellschaftlichen Zustände sind von **Diskriminierung** geprägt. Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen (FLINTA*), People of Color, Migrant*innen, Personen mit Behinderungen und alle, die nicht dem gesellschaftlichen Normbild entsprechen, werden strukturell benachteiligt. Dies äußert sich unter anderem in Sexismus, Homo-, Bi-, Trans-, Interfeindlichkeit, Rassismus und verschiedenen Barrieren auf baulicher, struktureller und sozialer Ebene sowie der generellen Marginalisierung benachteiligter Gruppen in der Gesellschaft.

Universitäten sind Teil der Gesellschaft und spiegeln daher diese Unterdrückungsmechanismen wider. Auch die ÖH Uni Wien ist kein von der Gesellschaft abgeschotteter Raum. Wir sind uns bewusst, dass wir diese Mechanismen reproduzieren, und versuchen daher, durch Sensibilisierung, Workshops und andere Maßnahmen diesen Herrschaftssystemen entgegenzutreten. Die ÖH Uni Wien bekennt sich ausdrücklich und uneingeschränkt zu ihrem **allgemeinpolitischen Mandat**. Das bedeutet, dass sie nicht nur die Hochschulpolitik kritisiert und Symptome bekämpft, sondern bestrebt ist, grundlegende Veränderungen in den bestehenden Verhältnissen herbeizuführen.

Die Exekutive der ÖH Uni Wien hat folgende Grundsätze:

Sie ist eine **starke, kritische und linke politische Vertretung der Studierenden der Universität Wien**. Ihr Ziel ist es, die Anliegen der Studierenden innerhalb und außerhalb der Universität zu unterstützen und zu vertreten. Dies beinhaltet die aktive Nutzung des allgemeinpolitischen Mandats, um die Lebensumstände der Studierenden zu verbessern.

Die ÖH Uni Wien setzt auf eine **basisdemokratische Arbeitsweise**, bei der Entscheidungen im Konsens getroffen werden. Hierbei legt sie großen Wert darauf, Hierarchien zu erkennen, zu reflektieren und nach Möglichkeit abzubauen. Dies bedeutet, dass alle Mitglieder der ÖH Uni Wien die Möglichkeit haben, an Entscheidungen teilzunehmen und ihre Stimme zu Gehör zu bringen. Die basisdemokratische Arbeitsweise stellt sicher, dass keine einzelne Person oder Gruppe übermäßige Macht ausübt, sondern dass die Meinungen und Bedürfnisse

aller Beteiligten berücksichtigt werden. Dabei wird auf spezielle Haftungen von Personen im Besonderen Rücksicht genommen. Die ÖH Uni Wien legt großen Wert darauf, dass alle Mitglieder der Studierendenschaft gleichberechtigt beteiligt werden und dass die Konsequenzen ihrer Entscheidungen wohlüberlegt sind. Dieser partizipative Ansatz fördert nicht nur die Demokratie und Mitbestimmung, sondern auch das Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Studierenden.

Die ÖH Uni Wien ist sich ihrer **finanziellen Ressourcen** bewusst und ist bestrebt, einen erheblichen Beitrag zur sozialen Absicherung von armutsgefährdeten Studierenden zu leisten. Die ÖH Uni Wien setzt sich für die Interessen und Bedürfnisse der Studierenden ein, insbesondere wenn es um finanzielle Unterstützung geht. Die ÖH Uni Wien ist sich aber bewusst, dass diese Maßnahmen und Dienstleistungen die Aufgabe des Sozialstaates sind und niemals alle Studierenden vollumfassend absichern können.

Feminismus bedeutet für die ÖH Uni Wien nicht nur Chancengleichheit, sondern auch eine radikale Hinterfragung der bestehenden Geschlechterverhältnisse und ihrer Rolle im kapitalistischen Patriarchat. Sie widersetzt sich der Legitimierung dieser Verhältnisse durch Naturalisierung und soziale Konstruktion. Die Exekutive vertritt einen materialistischen, intersektionalen Feminismus und setzt sich für die Unterstützung von LGBTQIA+-Personen ein, sowohl gegen reaktionäre Angriffe als auch für den Ausbau sozialer Rechte. Es ist wichtig, die Verbindung zwischen fortwährenden patriarchalen Unterdrückungsmechanismen und den ökonomischen Verhältnissen aufzuzeigen und zu durchbrechen.

Solidarität bedeutet für die ÖH Uni Wien, sich politisch dort zu positionieren, wo gesellschaftliche Benachteiligung stattfindet. Daher ist es von großer Bedeutung, solidarisch zu handeln, sich zu vernetzen und Positionen und Menschen zu unterstützen, die sich für tatsächliche Gleichberechtigung einsetzen und gegen Ellenbogenmentalität und den zunehmenden Leistungsdruck in unserer kapitalistischen Gesellschaft kämpfen.

In Bezug auf systematische Diskriminierung setzt sich die ÖH Uni Wien zum Ziel, nicht nur, Symptome zu bekämpfen, sondern aktiv Maßnahmen zu ergreifen, um Verschlechterungen bereits im Vorfeld entgegenzuwirken. Die Exekutive fördert

Sensibilisierung für rassistische Diskurse und Mechanismen und entwickelt Gegenstrategien zu institutionellem Rassismus. Sie lehnt neue und alte Formen des Rassismus ab, spricht sich gegen die Errichtung einer Festung Europas aus und kämpft gegen kulturrelativistische Argumente und völkisches Denken. Die ÖH Uni Wien steht für die **Gleichheit aller Menschen und die Unantastbarkeit der Menschenwürde** ein. Sie stellt sich entschieden gegen jegliche Formen von Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischem Rassismus.

Die ÖH Uni Wien setzt sich für eine **ökologisch-nachhaltige Politik** ein, die über bloße Konsumkritik hinausgeht und vor allem die Produktionsverhältnisse in den Fokus nimmt. Dabei ist es der ÖH Uni Wien wichtig zu betonen, dass eine Politik, die Umweltaspekte vernachlässigt, gesellschaftlich Benachteiligte besonders hart trifft. Aus diesem Grund engagiert sich die ÖH Uni Wien für eine lebenswerte Umwelt für alle und legt den Schwerpunkt auf die soziale Komponente ökologischer Politik. Es wird betont, dass der Versuch, den Kapitalismus nachhaltiger zu gestalten, allein nicht ausreicht, um die ökologische und soziale Krise zu bewältigen.

Antifaschismus wird von der ÖH Uni Wien nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern als gesellschaftliche Notwendigkeit, insbesondere angesichts des Aufstiegs reaktionärer Kräfte und der zunehmenden Gefahr einer faschistischen Entwicklung in der Gesellschaft. Dabei geht es darum, sowohl mit den Kontinuitäten des Rechtsextremismus als auch mit neuen Phänomenen autoritärer Krisenlösungen umzugehen. Die ÖH Uni Wien erkennt den Zusammenhang zwischen Erinnerungspolitik und nationaler Geschichtsschreibung an und setzt es sich zum Ziel, den Opfermythos zu durchbrechen, bürgerlichen Antifaschismus zu hinterfragen und Antisemitismus sowie Antikommunismus als vereinende Elemente reaktionärer Kräfte zu erkennen.

Der Nationalismus wird von der ÖH Uni Wien als Ideologie betrachtet, die die Legitimation der bürgerlichen Staatlichkeit dient. Er schafft vermeintliche Unterschiede zwischen Menschen, die sowohl sozialer Ausgrenzung - wie es sich in der österreichischen Minderheitenpolitik und Integrationsdiskursen zeigt - als auch der Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Standorts dient.

Die Rolle der ÖH Uni Wien als Körperschaft öffentlichen Rechts wird im Zusammenhang mit der sozialpartner*innenschaftlichen Ausprägung des Kapitalismus in Österreich hinterfragt. Der Begriff der Leitkultur sowie nationalistische Argumentationen in Hochschul- und Gesellschaftspolitik werden abgelehnt. Die ÖH Uni Wien wird jeder Regierung mit rechtsextremer oder rechtskonservativer Beteiligung entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Die ÖH Uni Wien strebt eine **offene und emanzipatorische Gesellschaft** an, die frei von Einflüssen religiöser Ideologien und klerikaler Strukturen ist. Der Einfluss reaktionärer Gruppen, der beispielsweise durch das Konkordat zum Ausdruck kommt, wird kritisiert und die gesellschaftspolitische Autorität der Kirchen soll verringert werden. Es wird betont, dass Errungenschaften wie die Fristenregelung bei Schwangerschaftsabbrüchen erhalten, verteidigt und ausgebaut werden müssen.

Antikapitalismus beschreibt die Ablehnung einer Klassengesellschaft, die dem Großteil der Bevölkerung die Mitbestimmung über Produktionsmittel verweigert. Das kapitalistische System hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche, und antikapitalistische Kritik muss daher in jedem Themenbereich berücksichtigt werden. Vor allem muss diese Kritik jedoch im Bildungsbereich mitgedacht werden, da Bildung derzeit den alleinigen Zweck der Reproduktion der bestehenden Klassenverhältnisse unterstützt. Diese Entwicklung muss mit allen Mitteln bekämpft werden. Antikapitalismus beschreibt für uns die Notwendigkeit der Überwindung eines gegen Menschen agierenden Systems. Klassenverhältnisse spielen in der Gesellschaft und somit auch an der Uni eine Rolle. In der ÖH und auch überall sonst gilt es, diese Verhältnisse aufzuzeigen und deren Unterdrückungsmechanismen und daraus erwachsende Privilegien kritisch zu reflektieren. Ebenfalls ergibt sich aus diesem Grundsatz eine klare Solidarisierung mit bzw. Parteilergreifung für benachteiligte Personen und Gruppen. Dazu soll nicht nur die Rolle der ÖH Uni Wien als politische Interessensvertretung genutzt werden, sondern auch aktive Solidarität, Unterstützung und Beratung aller benachteiligten Studierenden ausgeübt werden. Dies schließt ein, die ökonomische und soziale Lage von Studierenden nicht hinzunehmen, sondern insbesondere jene Studierende, die aufgrund ihrer

ökonomischen Situation Nachteile erfahren müssen, im Rahmen der Möglichkeiten der ÖH Uni Wien aktiv zu unterstützen.

Die ÖH Uni Wien lehnt biologisierende, kulturalisierende und hegemoniale Erklärungen für soziale Verhältnisse ab und berücksichtigt Mehrfachdiskriminierungen in allen Fällen.

Die tägliche Arbeit der ÖH Uni Wien wird **von, für und mit Studierenden** geleistet, wobei versucht wird, möglichst vielen Studierenden die Teilhabe an der ÖH-Arbeit zu ermöglichen. Die ÖH Uni Wien strebt an, für Studierende leicht zugänglich zu sein und ihre Präsenz und Bekanntheit in ihrem Tätigkeitsfeld zu erhöhen. Die Zusammenarbeit mit allen Ebenen der ÖH Uni Wien wird gestärkt, indem betroffene Personen und Instanzen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Anstelle eines paternalistischen Services setzt die ÖH Uni Wien auf solidarische Beratung zur Selbstermächtigung.

Die ÖH Uni Wien betreibt eine Politik, die sich der Emanzipation und dem menschlichen Wohl für alle verpflichtet fühlt. Das Ziel dieser Politik ist die **Abschaffung jeglicher Unterdrückungsverhältnisse und eine befreite Gesellschaft.**

Projekte

Studierendenkonferenz für Working Class Students

Die Koalition plant eine Studierendenkonferenz, die für alle Studierenden zugänglich sein soll, mit dem Fokus auf Working Class Students. Durch einen gemeinsamen Austausch und das Einbringen von Ideen und Konzepten der Studierenden soll die ÖH Uni Wien nicht nur sichtbarer, sondern auch partizipativer werden. Studierende können in verschiedenen Konstellationen Wissen aneignen, ihre eigene Lebensrealität reflektieren und die Lebensverhältnisse ihrer Kolleg*innen kennenlernen, sodass sie sich ihrer selbst bewusst werden. Dies kann im Rahmen von World Cafés, Vorträgen oder ähnlichen Methoden funktionieren.

Leistbare vegane Mensa und studentische Freiräume

Ein Konzept für eine vegane und bezahlbare Mensa an der Universität Wien kann durch die Evaluierung anderer Universitäten mit ähnlichem Angebot entwickelt werden. Dies beinhaltet die Untersuchung der angebotenen veganen Gerichte, der Häufigkeit des Menüwechsels und der Verwendung saisonaler Zutaten. Die Preisgestaltung und mögliche Subventionierung der Mahlzeiten sowie die Einbeziehung von Feedback und Vorschlägen der Studierenden sollten ebenfalls untersucht werden, möglicherweise in Zusammenarbeit mit studentischen Initiativen oder Vereinen, um das Konzept zu stärken.

Die ÖH Uni Wien setzt sich zudem gegenüber der Universität Wien und gegenüber anderen Stakeholder*innen für eine konsumfreie Umgestaltung des Campus der Uni Wien (Altes AKH) ein.

Psychotherapie-Topf inklusive Kampagne

Ein Psychotherapie-Topf, finanziert von der ÖH Uni Wien, ermöglicht den Studierenden den erschwinglicheren Zugang zu psychotherapeutischer Unterstützung oder anderweitiger klinisch-psychologischer Behandlung, um ihre

psychischen Belastungen zu bewältigen und ihr Wohlbefinden zu fördern. Über diesen Topf konnten sich Studierende ihre Rechnungen/Honorarnoten von Psychotherapie oder klinisch-psychologischer Behandlung bereits in der vergangenen Exekutivperiode (teilweise oder gänzlich) rückerstatten lassen. Der Psychotherapie-Topf soll im Referat für Barrierefreiheit sowie von einer externen Stelle evaluiert werden. Der Topf geht mit einer Kampagne zur Enttabuisierung von psychischen Erkrankungen einher. Hier wollen wir auch die politischen Entscheidungsträger*innen in die Verantwortung nehmen und aufzeigen, dass die Versorgungslage in Österreich gänzlich unzulänglich ist. Dabei wird angestrebt, dass die ÖH Uni Wien an der Erstattung der Kosten im Vorhinein arbeitet und Kooperationspartner*innen wie die SFU, den PSD etc. mit einschließt, um so vielen Studierenden wie möglich den Zugang zu garantieren.

Sichtbarkeit der ÖH Uni Wien - Beratung und Stände

Die ÖH Uni Wien bietet ein breites Angebot an Veranstaltungen und Beratung. Die Koalition wird sich deshalb vornehmen, mit Kaffee-Ständen und Beratung an den verschiedenen Standorten der Universität Wien diese Services sichtbar zu machen und bietet den Studierenden eine weitere Chance, ihre Lebensrealität bei ihrer Interessenvertretung sichtbar zu machen.

Re-Demokratisierung der Uni-Strukturen

Viele rechtliche Änderungen der letzten Jahre, wie etwa weitere Zugangsbeschränkungen oder die UG-Novelle von 2021 (Mindeststudienleistung), bereiten massive Verschlechterungen für Studierende. Die ÖH Uni Wien setzt sich weiterhin für einen offenen und freien Hochschulzugang ein und will jede Gelegenheit wahrnehmen, gegen studienrechtliche Verschlechterungen einzustehen.

Die UG Novelle hatte aber auch negative Folgen für Uni-Angestellte, insbesondere für den wissenschaftlichen Mittelbau. Deshalb vernetzt sich die ÖH Uni Wien insbesondere mit Vertreter*innen des Mittelbaus und auch des allgemeinen Personals, um auf die Verschlechterungen aufmerksam zu machen und diese zu bekämpfen.

Die Umsetzung des Bologna-Prozesses jährt sich 2024 zum 20. Mal, was wir zum Anlass nehmen wollen, die Reformen kritisch zu analysieren und auf die prekäre Lage der Studierenden aufmerksam zu machen.

Weiterhin kämpfen wir für die Re-Demokratisierung der Uni Wien; bereits durch das Universitätsgesetz 2002 und den OrgPlan 2004 wurde das Machtverhältnis massiv verschoben. Zuvor hatten alle Kurien gleichermaßen Mitspracherecht bei wichtigen Gremien, nun hält fast überall die Kurie der Professor*innen die Mehrheit. Die Realitäten der anderen Kurien (wissenschaftlicher Mittelbau und Studierende) werden häufig missachtet. Diese inzwischen einzementierten Machtstrukturen gilt es aufzubrechen, damit die Uni wieder ein Ort für alle werden kann.

Pädagog*innenbildung neu 2.0

Die vom Ministerium vorgeschlagene Verkürzung des Lehramtsstudiums (Sekundarstufe) bedeutet eine Veränderung der aktuellen Curricula im Verbund Nord Ost. Dies darf nicht zu einer schlichten Komprimierung der Studienzeit ohne ernstzunehmende strukturierte Veränderungen führen. Die Universitätsvertretung setzt sich gegenüber dem Ministerium und der Universität in Kooperation mit dem Senat und der Zentrumsvertretung Lehrer*innenbildung für die Abschaffung der Kombinationspflicht bzw. einer Alternative dazu und einen Ausbau des Wahlbereiches in den entsprechenden Curricula ein, um Spezialisierungen im Rahmen des Studiums (z.B. Inklusion, rechtliche- und organisatorische Vertiefungsinhalte). Zudem wird sich dafür eingesetzt, dass die Lateinergänzungsprüfung für sämtliche Unterrichtsfächer (außer Latein und Altgriechisch) abgeschafft wird. Die ÖH Uni Wien veranstaltet für die Studierenden unterrichtsfachspezifische Informationsveranstaltungen sowie eine Diskussionsveranstaltung für alle Studierenden.

Zudem wird sich gegenüber der Universität dafür eingesetzt, dass die durch die Schulpraxis entstehenden Fahrtkosten nicht zur finanziellen Mehrbelastung für Studierende führen. Darüber hinaus wird gemeinsam mit der Universität Wien ein Konzept erarbeitet, wie der Mangel an Praxisplätzen und Mentor*innen abgebaut werden kann.

Aufarbeitung der faschistischen Geschichte der Uni Wien

Die Universität Wien muss sich inhaltlich wie räumlich mit ihrem historisch diskriminierendem Fundament auseinandersetzen. Die räumliche Situation im Arkadenhof mit seinen 155 Büsten und Ehrentafeln für Männer, sowie in anderen Institutsgebäuden der Uni Wien spiegelt die Zustände einer Universität wider, die einerseits vorgibt, für alle Studierenden offen zu sein, sich oft genug als gesellschaftliches Vorbild und Vordenker*in inszeniert und sich doch mit Stolz und Ehrerbietung mit sexistischen, antisemitischen, rassistischen, austrofaschistischen und nationalsozialistischen Persönlichkeiten schmückt, die aktiv dazu beigetragen haben, dass so vielen von uns der Zutritt zur Universität und Bildung so lange verwehrt war. Der Versuch einer historischen Kontextualisierung durch die Uni, am Beispiel des Siegfried-Kopfs oder der nachgetragenen sieben Statuen von Frauen, sind unzureichend und werden der Schwere der Thematik bei Weitem nicht gerecht. Es ist Zeit, dass die Universität Wien endlich ihre problematische Vergangenheit aufrollt und ihre eigene gesellschaftliche Rolle reflektiert, denn Vergessen ist nicht passiv. Mehr Sichtbarkeit und Informationen sollen die faschistische Geschichte der Uni Wien und den noch heute herrschenden Antisemitismus für Studierende erkenntlich machen. Durch eine Auseinandersetzung im Rahmen verschiedenster Veranstaltungen und die Förderung von Touren durch die Uni Wien soll ein antifaschistisches Verständnis aufgebaut werden.

Kampagne gegen universitäre Transfeindlichkeit

Aufgrund der gesellschaftlichen transfeindlichen Hetze wird sich die ÖH Uni Wien vermehrt aktiv für ihre trans Studierenden stark machen. Transfeindliche Regelungen an der Universität Wien führen dazu, dass Studierende in Übungen und online häufig geadnamed werden und auch innerhalb der ÖH Wahl nicht mit ihrem Namen kandidieren können, wenn dieser nicht offiziell geändert wurde.

So möchte die ÖH Uni Wien einerseits in Zukunft Aufmerksamkeit für diese Diskriminierungen generieren und andererseits Mitstudierende durch eigens

gestaltete Informationen abseits des Pride Months aufklären. Das Ziel ist, Druck auf das Rektorat aufzubauen und gleichzeitig zumindest universitätsintern die Möglichkeit zu erkämpfen, innerhalb der Moodle Plattform Name und Pronomen selbst anzugeben. Weiters will die ÖH Uni Wien durch Informationen, Workshops oder Vorträge gezielt den Diskurs anregen, über Transfeindlichkeit an den Fakultäten zu sprechen und diese im Sinne einer linken Hochschulpolitik zu bekämpfen. Darüber hinaus will die ÖH Uni Wien sich verpflichten, dass Gelder zu Verfügung gestellt werden für transaktivistische Organisationen (wie beispielsweise VENIB oder transX), welche Personen bei der Transition begleiten oder unterstützen. Ebenso möchte man auf die Beratungs- und Unterstützungsangebote der ÖH aufmerksam machen und diese stärken.

Workshops für Studierendenvertreter*innen

Die ÖH Uni Wien setzt sich für eine bessere Vernetzung und Anbindung zwischen der Universitätsvertretung und den Studien-, Fakultäts- und Zentrumsvertretungen (StVen, FVen, ZVen) ein.

In diesem Kontext bietet die ÖH Uni Wien mindestens einmal jährlich Workshops für beratende Instanzen an. Die Workshops können inhaltlich breit aufgestellt sein, sollten aber zumindest folgende Themenbereiche als Workshops abdecken: ÖH Basics (Was ist die ÖH, was kann die ÖH, wann kann die ÖH handeln?); Infos zu Budget- und Abrechnungsprozedere (Auf was müssen StVen/FVen/ZVen bezüglich Budget achten?); gewünscht wären insbesondere weitere Workshops der beratenden Referate der ÖH Uni Wien, aber auch von nicht-beratenden Referaten.

Kostenzuschüsse für teure Pflichtlehrveranstaltungen

Die ÖH Uni Wien setzt sich für die Ausweitung von Kostenzuschüssen für Pflichtlehrveranstaltungen, die Studierende in hohe Unkosten stürzen, ein. Die Kostenübernahme muss durch staatliche und/oder universitäre Einrichtungen sichergestellt sein, diese Kosten dürfen nicht auf Studierende abgewälzt werden. Davon umfasst sind beispielsweise Pflicht-Exkursionen und verpflichtende Sprachnachweise für Studierende, die Auslandssemester anstreben.

Stundenweise Kinderbetreuung

Das aktuell bereits vorhandene Angebot der Betreuung in der Prüfungszeit soll beibehalten werden. Das Sozialreferat wird mit geeigneten Stellen in Kontakt treten mit dem Ziel, die stundenweise Kinderbetreuung für Uni Wien Studierende auszuweiten. Diese sind zum Beispiel: HTU, Kinderbüro Uni Wien, ÖH-Kindergarten, Kinderfreunde Wien. Zudem setzt sich die ÖH Uni Wien gegenüber der Uni ein, dass das vorhandene Angebot an Eltern-Kind-Räumen ausgebaut wird.

Kritische Einführungstage, Partizipationstag aka Linke Messe

Am Anfang jedes Wintersemesters sollen kritische Einführungstage organisiert werden. In diesen Tagen sollen alle Erstsemestrigen (ebenso ältere Semester) die Möglichkeit haben, sich niederschwellig auf kritisches Denken und Gesellschaftspolitik in der Universität heranzutasten. (Neue) Studierende sollen sich vernetzen und dabei auch ihr kritisches Denken angeregt bzw. ausgebaut werden. Sie sollen die Grundannahmen ihrer wissenschaftlichen Disziplinen mithilfe des von der ÖH Uni Wien gestellten Rahmens emanzipatorisch und reflektiert hinterfragen lernen, damit soll ein Gegenpol zum vorherrschenden neoliberalen Wissenschaftsbetrieb gegeben werden.

Im Rahmen eines mehrtägigen Programms sollen niederschwellige Vorträge, Diskussionen und Workshops (zu Themen wie kritische Wissenschaft, Feminismus, neoliberale Hochschule, Rechtsextremismus, etc.) stattfinden. Dazu könnten auch kritische Stadtpaziergänge, Filmvorführungen und am Ende der Woche eine Campusparty organisiert werden.

Die ÖH Uni Wien setzt sich zum Ziel, dass jedes Semester ein Partizipationstag aka Linke Messe der ÖH Uni Wien stattfindet. Im Rahmen dessen haben alle Studierenden die Möglichkeit, die ÖH Uni Wien und andere linke Strukturen kennenzulernen, sich zu vernetzen und sich auszutauschen. Dabei soll es die Möglichkeit für linke Gruppen geben, Vorträge und Workshops zu veranstalten. Abgerundet wird der Partizipationstag mit (Live-)Musik und Verpflegung.

Campus Althangrund

Die sozialwissenschaftlichen Studien sollen in das neue Haus der Sozialwissenschaften einziehen. Bei dem Neubau müssen nicht nur mindestens 15 ÖH-Strukturen einen Raum finden, sondern auch Freiflächen für Studierende geschaffen werden. Der Vorsitz setzt sich dafür ein, dass Räume für die ÖH Instanzen mit Küche, Zugang zu Grünflächen, Büros und Aufenthaltsräume geschaffen werden. Zudem sollen insbesondere auch für alle Studierenden Räume geschaffen werden, welche als Lernraum dienen können und auch Möglichkeiten bieten, Essen zu lagern und zu erwärmen/kochen. Außerdem sollen Räume für Vernetzung geschaffen werden.

Feministische Woche: Hoch der feministische Kampftag!

Der 8. März markiert den wichtigsten Tag für die Sichtbarkeit feministischer Kämpfe. Jene, die bereits von Vorkämpfer*innen geführt wurden und all jene, die noch offen sind. Wir sind noch weit davon entfernt, von einer geschlechtergerechten Gesellschaft sprechen zu können: Reproduktive Arbeit wird immer noch von weiblich sozialisierten Menschen getragen, emanzipatorische Momente wie die Regelung einer Abtreibung werden konstant angegriffen. Es bleibt viel zu tun. Daher soll die Woche, in die der 8. März fällt, zur feministischen Woche erklärt werden! Das feministische Referat (Frauenreferat) übernimmt hierzu die Koordination und arbeitet mit anderen Personen, innerhalb und außerhalb (beispielsweise dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen an der Uni Wien) der Hochschulvertretung zusammen. Workshops mit dem Ziel, emanzipatorische oder solidarische Momente zu schaffen, sowie Vorträge oder Medienaktionen, können Teil der feministischen Woche sein. Die Gestaltung ist offen - solange feministische Kämpfe im Vordergrund stehen. Die Unterstützung von nicht FLINTA*-Personen ist erwünscht.

Ziel ist die Vernetzung von Feminist*innen, Bewusstsein für die Notwendigkeit eines feministischen Kampftages und die Aufmerksamkeit auf bestehende Schieflagen in Gleichstellungsfragen.

Studienfahrten zu KZ-Gedenkstätten

Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und der Shoah sind für eine Linke in Österreich eigentlich eine Grundvoraussetzung. Gerade im Hinblick auf den starken Einfluss staatlicher Interessen auf die österreichische erinnerungspolitische Landschaft, wäre ein stärkeres Engagement einer linken ÖH Uni Wien in diesem Bereich notwendig.

Damit dies langfristig funktionieren kann, braucht es Student*innen, die sich intensiv mit diesem Thema aus einer linken Perspektive beschäftigen wollen. Die Koalition organisiert daher von der ÖH Uni Wien finanzierte Studienfahrten an Orte ehemaliger Konzentrationslager, welche in einen erinnerungspolitischen Kontext eingebettet werden. Diese Fahrten würden ca. fünf Tage dauern und mit einem Vor- und einem Nachbereitungstreffen eingebettet werden. Solche Fahrten sind meistens ziemlich teuer (für 35 Student*innen wären das ca. 11.000 Euro, die meisten Kosten gehen auf das Busunternehmen und die Jugendherbergen zurück, wobei diese bei mehr Teilnehmer*innen pro Kopf geringer werden würden.) und daher für viele Student*innen nicht zugänglich. Die ÖH Uni Wien könnte, z.B. über das Referat für antifaschistische Gesellschaftskritik und Sport, ein- bis zweimal im Semester solche Studienfahrten anbieten. Für eine Kooperation würde sich der Verein Gedenkdienst anbieten, da dieser solche Studienfahrten durchführt und aus einer antifaschistischen, und in letzter Zeit vermehrt queerfeministischen, Perspektive herausarbeitet.

100 Jahre Institut für Sozialforschung

Das Institut für Sozialforschung ist seit dessen Gründung im Jahr 1923 und der Eröffnung am 22. Juni 1924 ein bedeutsamer Ort für die Entwicklung der „kritischen Theorie“ und der „Frankfurter Schule“. Das zunächst im Rahmen der Marxistischen Arbeitswoche gegründete Institut trägt eine große Bedeutung, insbesondere für linke Theoretiker*innen, und diese soll auch an der Universität Wien im Wintersemester 2023/24, beziehungsweise im Sommersemester 2024, sichtbar gemacht werden. Daher soll die ÖH Uni Wien in diesem Zeitrahmen eine Reihe an Veranstaltungen anbieten, die Student*innen einerseits einführende,

andererseits tiefgründige Auseinandersetzungen mit der kritischen Theorie ermöglichen.

Reparaturwerkstatt - Nachhaltigkeit fördern!

Seit letztem Jahr gibt es in ganz Österreich einen Reparaturbonus. Wenn Privatpersonen ihre Geräte reparieren lassen, wird ihnen 50% der anfallenden Kosten zurückerstattet. Leider sind viele Reparaturen trotz Bonus sehr teuer und meistens auch alles andere als nachhaltig. Deshalb braucht es an der Uni Wien eine Reparaturwerkstatt, wo Studierende ihre Geräte selber reparieren können. Zusätzlich dazu würde die Werkstatt als konsumfreier Raum und als Ort, an dem interessierte Student*innen Technologien zum Gestalten und Erfinden nutzen können, dienen.

Hierfür soll eine Arbeitsgruppe gegründet werden, die sich mit möglichen Kooperationspartner*innen vernetzt, sich gegenüber der Universität Wien für einen passenden Raum einsetzt und rechtliche Fragen, wie die der Haftung, klärt. Damit dies nachhaltig funktioniert, soll die Arbeitsgruppe auch durch tageweise Pilotprojekte und ihre Evaluierung ein passendes Konzept für eine Werkstatt entwickeln.

Förderung sexueller und reproduktiver Gesundheit

Die ÖH Uni Wien setzt sich für einen entstigmatisierenden und aufklärenden Umgang mit sexueller und reproduktiver Gesundheit und ein Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung ein. Das bedeutet einerseits, dass alle Personen ein Recht auf kostenlose Gesundheitsleistungen haben sollten, die sie vor STIs (Sexually Transmitted Infections) schützen, sowie andererseits, dass alle Personen ein Recht auf einen freien und kostenlosen Zugang zu Abtreibungen haben.

Der Zugang zu Abtreibungen ist weltweit prekär, so auch in Österreich. Gerade nachdem eine Klink in Wien im März 2023 aufgehört hat, Schwangerschaftsabbrüche anzubieten, hat sich die Situation weiter verschlechtert. Noch immer müssen die Kosten für eine Abtreibung selbst übernommen werden. Für prekär lebende Personen, zu denen ein beachtlicher

Teil der Student*innen zählt, ist dies eine immense finanzielle Belastung. Dazu sind Abtreibungen in Österreich immer noch nur entkriminalisiert und noch immer nicht legalisiert.

Daher weist die ÖH Uni Wien auf Fördermöglichkeiten für Schwangerschaftsabbrüche hin, lenkt Aufmerksamkeit auf die mangelnde medizinische Situation und die untragbare rechtliche Lage von Abtreibungen, und übt Druck auf die Regierung für einen breiten und kostenlosen Zugang zu legalisierten Abtreibungen aus. Die ÖH Uni Wien behält sich vor, eine Kampagne zur Legalisierung von Abtreibungen zu starten.

Die ÖH Uni Wien bietet zudem STI-Testaktionen an, die einmal pro Semester an der Universität stattfinden sollen. Dies soll wieder in Kooperation mit der Aidshilfe passieren.